

Die Partei muss sich von Grund auf erneuern!

Zum Machkampf in der AfD

von Wolfgang Gedeon (21.7.2017)

In dieser für die Allgemeinheit vorliegenden Fassung des Artikels sind personenbezogene Charakterisierungen und Beurteilungen weitgehend weggelassen. AfD-Parteimitglieder können aber unter Angabe ihrer Mitgliedsnummer den kompletten Text bei mir anfordern: w.gedeon@t-online.de

I. Der Machtkampf in der AfD

Zwei Jahre nach ihrer Gründung wechselte die AfD auf ihrem Essener Parteitag im Juli 2015 ihre erste Führungsmannschaft aus. Durch den Kölner Parteitag im April 2017 stehen jetzt auch die Nachfolger von Lucke und Henkel, nämlich Frauke Petry und Markus Pretzell zur Disposition. Letzterer hatte sich

(... an dieser Stelle sehen Parteimitglieder ca. zwei weitere Seiten in der kompletten Fassung. Sie können diese per E-Mail an w.gedeon@t-online.de anfordern...)

Höckes Flügel und Petrys „Zukunftsantrag“

Jenseits der Personaldiskussion fällt in der AfD ein Gegensatz auf, der dem bei den Grünen bestehenden zwischen *Fundis* und *Realos* ähnelt: *Fundamentalpolitik* im Sinn von programmatischer Tiefe und Grundsätzlichkeit, von Wurzeln, Fundamenten, Prinzipientreue usw.; *Realpolitik* dagegen im Sinn von Flexibilität, Kompromissbereitschaft und der Fähigkeit, politische Ziele schnell zu verwirklichen. Jede Partei braucht beides, und beides zur rechten Zeit und jeweils in der richtigen Dosierung. Fundamentalistisch im negativen Sinn wäre es, Prinzipien zu verkünden, ohne diese Stück für Stück in konkrete Politik umzusetzen. Negative Realpolitik – wir nennen das „Opportunismus“ – wäre dann, wenn man Konflikten aus dem Weg geht und wichtige politische Themen weglässt in der Hoffnung, dadurch bessere Wahlergebnisse zu bekommen.

B. Höcke und A. Poggenburg riefen im März 2015 in einer „Erfurter Resolution“ dazu auf, den Charakter der AfD als Widerstandsbewegung zu gewährleisten und sie nicht den „Technokraten“ (= Realos) zu überlassen. Sie forderten ein Bekenntnis zu metapolitischen, d.h. idealistischen Prinzipien („Mut zur Wahrheit“) und zur innerparteilichen Meinungsfreiheit: Die „politische Spannbreite“ müsse in der programmatischen Diskussion erhalten bleiben – ohne Zweifel ein fundamentalpolitischer Akt zur richtigen Zeit, der zum notwendigen Sturz der Lucke – Henkel – Truppe beigetragen hat.

Frauke Petry griff auf dem Kölner Parteitag 2017 mit ihrem „Zukunftsantrag“ frontal das Flügel-Konzept an. In Essen hat sie damit noch kokettiert und davon profitiert! Statt Fundamentalopposition forderte sie jetzt einen realpolitischen Kurs ohne Wenn und Aber. Eine derartige Dominanz der Realpolitik bürge aber gerade für eine junge Partei die Gefahr, ihre politische Identität nicht zu entwickeln und zum Anhängsel der Altparteien zu werden. Dass Petry den Gegensatz Fundi - Realo auf den Gegensatz von Fundamentalopposition und Regierungsbeteiligung verkürzte, kann man nicht nur ihr anlasten. Dies war schon im Erfurter Flügelaufwurf angelegt. Auch hier wurden nicht konkrete Inhalte, sondern allgemeine formale Prinzipien vorgetragen: Opposition statt Regierungsbeteiligung,

Bewegung statt Partei, Mut zur Wahrheit statt Karrierismus usw. Inhaltlich strittige Kernfragen wurden nicht aufgeworfen, auch nicht angedeutet!

Ohne inhaltlichen Bezug sind diese Prinzipien aber wertlos. Wenn ich beispielsweise die Westbindung aufkündigen will und einen Bündniswechsel für notwendig halte, geht es ja nicht um die Frage, ob ich Fundamentalopposition betreiben oder mich an der Regierung beteiligen will. Die Frage ist vielmehr: Kann ich in einer Regierung das Ziel eines Bündniswechsels verwirklichen, oder muss ich ihm abschwören und eine dazu gegensätzliche konkrete Politik betreiben? Letzteres wäre Opportunismus, Ersteres realpolitisch umgesetzte Fundamentalpolitik!

(... an dieser Stelle sehen Parteimitglieder ca. eine weitere Seite in der kompletten Fassung. Sie können diese per E-Mail an w.gedeon@t-online.de anfordern...)

Lösung der Personalprobleme durch programmatische Positionierung

Es wird immer wieder gefragt, ob Personen oder Inhalte in einer Partei wichtiger seien. Letztlich ist beides gleich wichtig. Das Problem der AfD allerdings ist, dass die Diskussion um Inhalte weit der um Personen hinterherhinkt, und dass zusätzlich die Loyalität gegenüber der gewählten Führung – eine typisch deutsche Eigenschaft – von vornherein sehr emotional und unkritisch ist. In einer Partei mit einer gut entwickelten Führungsmannschaft wäre das ein Vorteil. Die AfD hat aber noch keinen *bewährten* Führungsstamm. Ich hoffe, dass er sich in den nächsten 3 - 4 Jahren entwickelt und dann *die* Leute an der Spitze stehen, die der Herausforderung dieser Aufgabe gewachsen sind. In diesem Prozess ist das in der Partei verbreitete loyalistische Verhalten gegenüber Führungsstrukturen hinderlich. Es belässt unfähige Gestalten länger als nötig in ihren Führungspositionen.

In den vier Jahren ihres Bestehens hat die Partei ihr Programm in einigen Punkten weiterentwickelt. Man denke an die Abgrenzungstiraden von Lucke gegenüber Homophobie, Islamphobie usw. Was aber die Qualität des Führungspersonals anlangt, haben wir meiner Meinung nach keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Ein Grund dafür war, dass wir bei Vorstandswahlen zu viel auf vordergründige Rhetorik und zu wenig auf programmatische Positionierung geachtet haben. Will man das Personalproblem der Partei lösen, müssen wir auch bei Personenwahlen die strittigen und vom *Stuttgarter Programm* nicht ausdiskutierten Punkte thematisieren und zuspitzen.

Die entscheidenden inhaltlichen Differenzen

Geopolitik

Die AfD ist außenpolitisch mit ihren Positionen zu NATO und Westbindung noch keine alternative, sondern eine Systempartei. Dies gilt auch für die gaulandsche Sicht der Dinge, die dieser vom seinerzeitigen CDU-Mann Alfred Dregger übernommen hat: Nur wer maximal in der NATO verankert sei, könne sich in den Russland-Beziehungen weitest möglich aus dem Fenster lehnen. Das galt im Kalten Krieg, also bis 1989. Damals war Russland die „Sowjetunion“ und für uns die geopolitische Hauptbedrohung; und wir waren für die Amerikaner noch wichtiger Juniorpartner gegen die Sowjets, und nicht ein wirtschaftlich mächtiger geopolitischer Kontrahent. Mit dem Zusammenbruch der Zwei-Supermächte-Konstellation 1989 haben insbesondere die USA, Russland, China und auch Deutschland einen tiefgreifenden politischen Wandel durchgemacht, und so haben sich die Rollen gerade dieser vier Mächte in der Weltpolitik grundsätzlich geändert.

Wer diesen Paradigmen- und den sich für uns daraus ergebenden Bündniswechsel, nämlich eine bündnispolitische Wende um 180°, nicht versteht und in den Positionen des Kalten Krieges verharret,

wird im Mächtenspiel der großen Drei bedeutungslos und untergehen. Trump präsentiert uns ungeschminkt und undiplomatisch – und damit leichter erkennbar als bei Obama – die aggressiv kriegerische Visage des amerikanischen Staats. Vielleicht gelingt es ihm so ungewollt, den nibelungentreuen deutschen Gefühlspolitikern die Augen zu öffnen und ihnen klar zu machen, dass nicht Obama gut und Trump böse ist, sondern beide Repräsentanten des amerikanischen Systems sind, zu dem wir inzwischen in jeder Hinsicht ein Konkurrenzverhältnis haben.¹

Israel

Beim Israel-Thema geht es um die Frage, ob wir Sonderbeziehungen oder normale Beziehungen zu diesem Staat haben wollen und sollen. Frau Merkel will mit ihrer „Staatsräson“ natürlich Sonderbeziehungen inklusive einer einseitigen Bündnisverpflichtung Deutschlands, was auch immer kommen möge. Das Gleiche gilt für Hadas-Handelsman, den scheidenden israelischen Botschafter in Berlin, der im Phönix-Interview die Frage, wann sich wohl die deutsch-israelischen Beziehungen normalisieren würden, mit einem klaren „nie“ beantwortete. *Unsere* Antwort aber muss sein: „Sofort“!

- Es ist politisch verantwortungslos, Israel Atom-U-Boote zu schenken, mit denen es eine *globale* Atommacht wird und jedes Land dieser Erde atomar bedrohen kann!
- Wir verurteilen die israelische Siedlerpolitik seit 1967 und halten an der *Zwei-Staaten-Lösung* fest. Diese ist derzeit die einzige Möglichkeit, einen gewissen Frieden in Nahost zu erlangen. Trump und Netanjahu wollen stattdessen Israel weiter vergrößern und völkerrechtswidrig die besetzten Gebiete einschließlich Ostjerusalem annectieren.
- Wir behalten uns Wirtschaftssanktionen und andere Maßnahmen vor, wenn Israel im Gaza im Rahmen von „Vergeltungsmaßnahmen“ wieder einmal Schulen und Krankenhäuser bombardieren sollte.

Wie die Zwei-Staaten-Lösung, muss heute in gleicher Weise das **Existenzrecht Israels als notwendige Voraussetzung** für einen Nahost-Frieden gesehen werden, auch wenn die Staatsgründung 1948 ein Vertreibungsverbrechen an den Palästinensern war. Wer diese Gesamteinstellung gegenüber Israel als „antisemitisch“ verschreit, ist ein unverbesserlicher Zionist und schadet darüber hinaus auch Israel. Denn wer zu viel will, verliert alles.

Antisemitismus

Das Antisemitismus-Thema betrifft praktisch vor allem die deutsche Gedächtniskultur. Wie in einem Belastungs-EKG unterschwellige Herzkrankheiten sichtbar werden, gibt es auch in der Politik Herausforderungen, die in wenigen Tagen mehr offenbaren als Alltagssituationen in Jahren. So ein Belastungstest war für die AfD die Stuttgarter Landtagskrise, in der es um vermeintlichen Antisemitismus in meinen Büchern ging. Dieser „Belastungstest“ ergab ein Totalversagen der Partei,

¹ Durch den G 20-Gipfel hat sich nichts verändert. Wirtschaftlich behalten sich die Amerikaner in der Abschlusserklärung protektionistische Maßnahmen ausdrücklich vor. Die Klimaproblematik, bei der Trump und bald noch andere (Erdogan) eigene Wege gehen, ist ohnehin kein geopolitisch großes Thema. Die EU-Europäer, allen voran Herr Juncker, hauen zwar verbal auf die Pauke, aber die NATO, in der sie alle sind, untersteht nach wie vor den USA, und was in der Ukraine und in Syrien geschieht, bestimmen nicht sie, sondern Trump und Putin. Die neue „Führerin des Westens“ ist eine Frühstücksdirektorin, und die Brüsseler Politiker sind Hampelmänner und Hampelfrauen, die sich geopolitisch planlos im Reigen der Weltpolitik tummeln.

nicht nur ihrer Führungsgremien. Sie ließ sich von Hetze und Meinungsterror einiger Leitmedien wie BILD und FAZ ins Bockshorn jagen und plapperte nach, was diese, ansonsten als „Lügenpresse“ verschrien, ihr vorgaben. Bücher, die man nicht einmal passagenweise gelesen hatte, wurden als „antisemitisch“ gebrandmarkt und ich als Autor an den Pranger gestellt. Nicht einmal die Tatsache, dass die ehemalige Stasi-Agentin A. Kahane mit ihrer von vielen inzwischen als linksextremistisch angesehenen Amadeu Antonio-Stiftung die Kampagne gegen mich losgetreten hatte, brachte die parteiinternen Amokläufer zum Nachdenken. Inzwischen ist die Kahane übrigens erneut in Sachen *Staatssicherheit* unterwegs; dieses Mal auf Facebook und nicht im Auftrag von Erich Honecker, sondern von Heiko Maas (SPD)!

Rückblick auf die Stuttgarter Landtagskrise

Ich möchte den Verlauf dieser Krise noch einmal aus zeitlicher Distanz beleuchten. Jörg Meuthen war damals das geringste Problem. Er wurde von allen Seiten unter Druck gesetzt und war nicht in der Lage, das von der Fraktion beschlossene Procedere durchzuhalten: Ich sollte meine Fraktionstätigkeit ruhen lassen; drei Gutachten sollten zum Antisemitismus erstellt und Mitte September eine Entscheidung getroffen werden. Eigentlich wäre das ganz einfach gewesen!

Das erste „Gutachten“ aus Israel

Nach ein paar Tagen (!) kam kostenfrei (!) aus Israel (!) die Stellungnahme eines Journalisten namens Manfred Gerstenfeld. Sie war so, dass sie von der Fraktion mehrheitlich nicht als diskussionswürdig eingeschätzt wurde. Gerstenfeld hatte sich schon im Fall des Günter Grass unrühmlich hervorgetan: Er kritisierte unter anderem Zeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung*, *El País* und *The Guardian* als „teilzeit-antisemitisch“. Laut [Wikipedia](#) gehört er zu den Stimmen am rechtsextremen israelischen Rand, welche legitime Kritik an Israel als „Antisemitismus“ diskreditieren. Der Gründungsdirektor des staatlichen Norwegischen Holocaust-Forschungszentrums bezeichnete Gerstenfeld sogar als „unseriös“, nachdem Gerstenfeld die Norweger pauschal als „barbarisches und unintellektuelles Volk“ beschimpft hatte.

In meinem Fall argumentierte Gerstenfeld zum Beispiel so: Wenn man in meinen Büchern den Begriff *Zionist* durch den Begriff *Jude* ersetzen würde, träte der antisemitische Charakter meines Werks offen zutage. In der Tat: Wenn man den Begriff *Zionist* durch den Begriff *Christ* ersetzen würde, träte ein dezidiert antichristlicher Charakter zutage usw. Solcher Unfug wurde hier als „Gutachten“ angeboten.

Bei diesem Thema sind die Begriffe entscheidend, gerade der Unterschied zwischen *Antizionismus* und *Antisemitismus*. Ersterer richtet sich gegen eine *Ideologie*, letzterer gegen eine *ethnokulturelle Identität*. Eine Ideologie vertritt man freiwillig, eine ethnokulturelle Identität aber kann man nicht ohne weiteres abstreifen. Noch klarer wird die Sache, wenn man sich vor Augen hält: Weltweit sind die meisten Juden keine Zionisten und die meisten Zionisten keine Juden. Auch in der AfD waren es nicht Juden, sondern Nichtjuden, die mir gegenüber als aggressive Zionisten auftraten.

Das zweite Gutachten des CDU-Mitglieds (!) Werner Patzelt

Das zweite Gutachten, von der inzwischen aus der AfD ausgetretenen Claudia Martin in Auftrag gegeben, stammte vom Dresdner Politologen Werner Patzelt. Im ersten Teil dieses Gutachtens, den man noch als wissenschaftlich durchgehen lassen kann, spricht er mich freundlicherweise vom Vorwurf des Antisemitismus im herkömmlichen (primären) Sinn frei, um dann im zweiten Teil sich auf umstrittene sog. Antisemitismus-Forscher wie Wolfgang Benz zu berufen und auf der Basis eines

postfaktischen Antisemitismus-Begriffs („sekundärer“ Antisemitismus) meinen Fraktionsausschluss zu fordern. Dass Patzelt selbst CDU-Mitglied war und ist, verschweigt er in seinem Gutachten, was ihn nicht gerade glaubwürdiger macht.

Auch sollte es zu denken geben: Heinrich Fiechtner und Claudia Martin, die heftigsten Hetzer in der AfD-Fraktion gegen mich, hetzen heute gegen die Partei oder gehen sogar gerichtlich gegen sie vor. Diese zionistischen Elemente verhinderten damals eine Diskussion über das pseudowissenschaftliche Konstrukt des „sekundären“ Antisemitismus und erzwangen, offensichtlich von außen gelenkt, eine vorzeitige Abstimmung, mit der sie mich aus der Fraktion ausschließen wollten. Der Schuss ging nach hinten los, sie brachten die notwendige Mehrheit gegen mich nicht zusammen. Jörg Meuthen zog daraufhin mit zwölf Fraktionsmitgliedern aus dem Saal und gründete satzungswidrig im Nebenraum eine neue, die „ABW-Fraktion“. Die übrigen zehn Mitglieder verhielten sich satzungskonform und verblieben in der AfD-Fraktion.

Das dritte Gutachten von Prof. B. Streck und der weitere Verlauf der Stuttgarter Krise

Das dritte Gutachten war von der *Fraktion* in Auftrag gegeben worden und wurde Mitte September fristgerecht abgeliefert. Es stammte nicht von einem Politologen, schon gar nicht von einem Journalisten, sondern von einem diesbezüglich fachkompetenten Experten, dem angesehenen Leipziger Ethnologen Prof. Dr. Bernhard Streck. Dieser durchforstete mein gesamtes politisch-philosophisches Werk und fand darin **keine Hinweise für Antisemitismus**. Darüber hinaus würdigte er mein Opus als geisteswissenschaftlich wichtigen Beitrag zu den großen Themen unserer Zeit. Dieses Gutachten wurde in der Partei bislang nicht veröffentlicht! Wer es lesen will, [findet es auf meiner Webseite](#).

(... an dieser Stelle sehen Parteimitglieder ca. eine weitere Seite in der kompletten Fassung. Sie können diese per E-Mail an w.gedeon@t-online.de anfordern...)

Für die AfD insgesamt ging diese Krise schlecht aus. Im entscheidenden Moment hat sie nicht diskutiert, nicht gekämpft, hat sie voreilig die Segel gestrichen und das Problem unter den Teppich gekehrt. Ein solches Verhalten zersetzt Kampfkraft und Moral. Viele in der Partei machen sich heute Gedanken über die damalige Situation, viele sehen auch einen Zusammenhang mit den in Köln wieder nicht gelösten Problemen und der vertieften Spaltung der Partei. Doch es gibt immer noch genügend Parteimitglieder, die die großen Probleme lieber tabuisieren und die derzeitige Parteisituation für individuelle, auch karrieristische Bedürfnisse zu nutzen suchen. Wie auch immer: Wir werden diese Probleme nicht mehr vor der Wahl lösen, sollten aber die notwendige Erneuerung der Partei für die Zeit danach schon jetzt vorbereiten.

II. Welche alternative Politik wollen wir: die System-Frage

Es gibt Alternativen, die sorgen dafür, dass das System wieder besser funktioniert; es gibt welche, die brechen ein System auf; und schließlich welche, die zerstören es. Nun kann man nicht mathematisch berechnen, ob ein System nur reformbedürftig ist oder abgeschafft werden muss. Das hängt von der Interessenslage des Beurteilenden ab. Für unsere „Eliten“ ist unser derzeitiges politisches System, das ich „amerikanistisch“ oder auch „globalistisch“ nenne, allenfalls verbesserungsbedürftig, aber auf keinen Fall abzuschaffen. Unterstellen wir aber, dass sich soziale Unruhen zu bürgerkriegsähnlichen Terrorzuständen entwickeln; dass Überwachungs- und Gesinnungsterror (hate-speech-Gesetz, Maas, Facebook etc.) immer unerträglicher werden; dass wir uns immer mehr in Richtung einer **rot-grünen Diktatur**, einer neuen **Groß-DDR** bewegen; dass wir immer tiefer in die Kriege in Nahost, Afghanistan und Afrika hineingezogen werden und dass sogar ein Krieg mit Russland näher rückt – dann wäre es allerhöchste Zeit, das hierfür verantwortliche Politsystem nicht nur im Detail, sondern grundsätzlich zu ändern!

Es ist also eine Frage der politischen Grundeinstellung, ob ich systemimmanente, also Systemverbessernde Maßnahmen für ausreichend oder aber Systemverändernde Maßnahmen für notwendig erachte. Wenn Letzteres gilt, muss ich politische Forderungen aufstellen und durchsetzen, die das System aufbrechen und es Schritt für Schritt transformieren, d.h. in ein neues, besseres System umwandeln. **Formal** können wir dabei von den **Grünen** lernen, die in den letzten 30 Jahren eine solche Systemumwandlungspolitik dreist, aggressiv und nicht ungeschickt betrieben haben.

Auch im Einzelnen kann man die Frage *System-verbessernd* oder *System-aufbrechend* nicht allgemein, sondern nur konkret beantworten:

- Will ich, wie Gauland, das Verhältnis zu den USA verbessern und uns mehr Spielraum in der NATO erkämpfen – oder will ich eine bündnispolitische Wende um 180 Grad, ein Bündnis mit Russland?
- Will ich mehr Subsidiarität in einer politischen Union, der EU – oder will ich Maastricht kündigen und die Rückkehr in eine Freihandelszone, wie wir sie vor Maastricht mit der EG hatten?
- Können wir Muslime, um unsere kulturelle Integrität zu wahren, gezielt von der Zuwanderung ausschließen, wie die Visegrád-Staaten das tun - oder verstoßen wir damit gegen das Prinzip der „Religionsfreiheit“? Betrachten wir also Religionsfreiheit als universales Recht im globalistischen Sinn, das allen Muslimen dieser Welt gestattet, nach Deutschland einzuwandern und dort ihre Religion zu verbreiten – oder ist diese Interpretation von „Religionsfreiheit“ als Kriegserklärung einer islamistischen Lobby zu werten, die damit unseren Widerstand gegen muslimische Massenzuwanderung brechen will, um Deutschland zu islamisieren?
- Lösen wir das Problem der Islamisierung unseres öffentlichen Raums dadurch, dass wir im laizistischen Sinn auch unsere traditionellen christlichen Symbole beseitigen, wie Schachtschneider und andere das fordern – oder erneuern wir unsere Gesetzbücher in dem Sinn, dass wir die religiösen Traditionen, und das sind nun mal die christlichen, die Europa hervorgebracht haben und auf denen es geistig gründet, auch rechtlich privilegieren?
- Und nicht zuletzt, was ist in Deutschland das größere Problem: der Antisemitismus, d.h. Diskriminierung und Hetze gegen Juden – oder ein Anti-Antisemitismus, der den Antisemitismus-Vorwurf exzessiv ausweitet („moderner“, „sekundärer“, „versteckter“ Antisemitismus usw.) und damit die Deutschen auf ewige Zeiten stigmatisieren und ihre Identität auflösen will?

Wenn wir jeweils die zweite Antwort wählen, dann schlachten wir heilige Kühe des Systems, dann brechen wir das System auf. Aber nur dann können wir unser Existenzrecht als Deutsche verteidigen und überleben. Denn das Existenzrecht Deutschlands ist heute mehr bedroht als das Existenzrecht Israels!

Wenn wir uns aber für die jeweils erste Antwort entscheiden, betreiben wir nur sehr vordergründig eine alternative Politik. Wir unterwerfen uns der herrschenden Ideologie, und das ist eben die Ideologie der Herrschenden - ein geistiger Selbstmord, der dem physischen den Boden bereitet.

Wir wollen das alte System nicht gewaltsam zerstören und ein neues darauf aufbauen, wie Dschihadisten, Antifa und andere gewaltbereite Gruppen und Strömungen das anstreben. Wir wollen keinen Weg des Schreckens, der mit Krieg und Terror beginnt und mit Krieg und Terror endet! Wir wollen keinen revolutionär destruktiven, sondern einen friedlichen Weg, einen Weg der schrittweisen Transformation. Dabei ist das Wort „friedlich“ insofern zu erweitern, als dennoch ein Krieg stattfindet und stattfinden muss – aber nicht einer mit Waffen, sondern einer mit Worten! Obama hatte für diesen „**Krieg der Worte**“ sogar einen eigenen Staatssekretär. Wer mit Larmoyanz und Konsenssucht ans Ziel will, erbt keinen Blumentopf mehr, und wer Politik als rationalen Diskurs in Seminaratmosphäre versteht, ist ein Einfaltspinsel. Wir müssen den Krieg der Worte in Schärfe führen, den Gegner attackieren, seine Scheinheiligkeit entlarven, ihn an den Pranger stellen! Er macht es schon längst mit uns, und wenn wir immer nur beteuern, wir seien gar nicht so schlimm, ja auch wir seien gegen Antisemitismus und wir würden sogar den Rassismus bekämpfen, dann werden sie uns das Fell über die Ohren ziehen, und das zu Recht. Denn auch Dummheit gehört bestraft.

Zwei wichtige Begriffe: „Zionismus“ und „Schluss-Strich“

Im Kampf der Worte geht es um die Macht der Worte, um Definitionshoheit, um das Privileg, den Begriffen ihren Sinn zu geben und auch neue Begriffe einzuführen, die von der Mehrheit der Öffentlichkeit angenommen werden! Wir haben zwar nicht annähernd die medialen und institutionellen (Schulen!) Möglichkeiten der Gegenseite, sind aber dennoch im Vorteil. Denn wir müssen nicht lügen und verdrehen, wir sind der Wahrheit ein Stück näher als die anderen!

Welche Begriffe spielen für die politische Auseinandersetzung jetzt eine größere Rolle? Wenn wir die deutsche Politik ändern wollen, müssen wir in ihren Tabu-Bereich eindringen. Deshalb schlage ich die Begriffe *Zionismus* und *Schlussstrich* vor. Der Begriff *Zionismus* wird von den deutschen Medien gemieden, international ist er aber, bis hinein in die UNO, gang und gäbe: ein aggressiver jüdischer Nationalismus, wie er sich in der Politik Israels und auch in massiver Lobbyarbeit in anderen Gesellschaften und Staaten kundtut. **Islamismus also eine aggressive Politisierung der islamischen Religion, Zionismus eine aggressive Politisierung der jüdischen!**

Im Übrigen gibt es heute zunehmend auch eine aggressive Politisierung der *christlichen* Religion. Dafür haben wir noch keinen gängigen Begriff. Man könnte von „Politchristen“ oder „Säkularchristen“ sprechen: Kirchenführer wie Marx oder Bedford-Strohm missbrauchen und verformen das Christentum zu einer säkularen Barmherzigkeitsideologie. Ihren Flüchtlingswahn verkaufen sie als „Nächstenliebe“, statt der notwendigen Neuevangelisation Europas betreiben sie dessen Islamisierung, und ins Reich Gottes glauben sie über rot-grüne Gesellschaftspolitik und Hetze gegen die AfD zu gelangen. Wie Zionismus und Islamismus hat auch dieses Politchristentum wenig mit Religion, aber viel mit totalitärer Politik zu tun.

Mit Ausnahme eines islamisch importierten haben wir heute im Westen kein nennenswertes *Antisemitismus*-Problem. Wohl aber haben wir ein nennenswertes *Zionismus*-Problem: Nicht

diejenigen, die es leid sind, als „Tätervolk“ oder „Land der Henker und Mörder“ verunglimpft zu werden, sind „Antisemiten“. Nein! Diejenigen, die diese Diffamierungsrhetorik betreiben, sind aggressive Zionisten!

*Schlußstrich*²

In diesem Sinne gilt es auch den zweiten Schlüsselbegriff durchzusetzen, den Begriff *Schlußstrich*. Er soll deutlich machen, dass wir beim Thema *Antisemitismus* eine Wende brauchen. In Deutschland sind inzwischen drei Generationen nach 1945, also nach Ende des III. Reichs geboren. Für sie sind die 12 Jahre Nationalsozialismus Vergangenheit, die historisch zu thematisieren und in einen historischen Gesamtzusammenhang zu stellen sind, wie andere gute oder schlechte Geschichtsphasen auch. *Schlußstrich* bedeutet: Schluss mit der ständigen Heraushebung der nationalsozialistischen Diktatur aus unserer übrigen Geschichte, und Schluss mit dem Versuch, diese zwölf Jahre zu einem identitätsstiftenden Bestandteil unseres nationalen Bewusstseins zu machen! Wesensmerkmal unserer nationalen Identität ist unsere ganze Geschichte, wie es auch in unserem Stuttgarter Programm steht. Die diesbezügliche Kritik unseres Programms als „sekundär antisemitisch“, zum Beispiel durch die Ex-Zentralratsvorsitzende Knobloch, ist für uns zionistische Diffamierungspolitik. Wir widersetzen uns dem Missbrauch und der bizarren Ausweitung des Antisemitismusvorwurfs („sekundärer“, „moderner“ Antisemitismus usw.) und weisen solches als psychologische Kriegsführung des Zionismus zurück. In Deutschland ist das kein Nebenthema, sondern Dreh- und Angelpunkt jeder wirklich alternativen Politik!

Eine weitere Verdrängung dieses Themas würde sich katastrophal auswirken: Zionistische Lobbyorganisationen wie JCC, Zentralrat der Juden, IHRA u.a. arbeiten fieberhaft hinter den Kulissen, um ihre neuen „erweiterten“ Antisemitismus-Definitionen durchzusetzen. Der Zentralrat der Juden hat in einer gemeinsamen Sitzung mit der deutschen Kultusministerkonferenz am 6.12.2016 folgenden Beschluss erreicht: **Das Thema „sekundärer Antisemitismus“ soll in den Lehrplan der deutschen Schulen**, und künftige Schülergenerationen sollen in diesem Sinn ideologisch erzogen werden! Am 1.6.2017 brachte dann die zionistische Lobby das Europa-Parlament dazu, die Antisemitismus-Definitionen der IHRA (*International Holocaust Remembrance Alliance*) für die gesamte EU zu übernehmen. Entsprechende Initiativen werden auf allen Ebenen betrieben! Ziel dieser zionistischen Aktivitäten ist nicht nur, eine weltweite Einheitsdefinition für „Antisemitismus“ im eigenen Sinn zu erreichen, sondern diese als Grundlage für Änderungen im Strafrecht der Staaten durchzusetzen, so dass das, was heute diesbezüglich noch diskutiert werden kann, z. B. in meinen Büchern, in ein bis zwei Jahren strafrechtlich verfolgt werden könnte – ein Frontalangriff gegen Demokratie und Meinungsfreiheit!

Die IHRA ist eine private zionistische Lobby-Organisation, die international agiert und groteske Kriterien zur Definition des Antisemitismus festgelegt hat. Demnach wäre es zum Beispiel schon „antisemitisch“, irgendwelchen Juden – also nicht **den** Juden allgemein, sondern verschiedenen Juden oder jüdischen Gruppierungen – Weltmachtpläne zu unterstellen oder auch nur festzustellen, dass Juden in bestimmten Bereichen, z. B. an der Wall Street, besonders stark repräsentiert seien. Hier werden nicht pauschale Vorwürfe gegen Juden, sondern Feststellungen inkriminiert, die einzelne Juden oder jüdische Gruppierungen betreffen. Im Hinblick auf Christen, Moslems oder auch auf Deutsche oder Russen wären solche Aussagen weiterhin legitim, im Hinblick auf Juden aber nicht. Das liefe auf eine grundgesetzwidrige **Sonderbehandlung** einer ethnokulturellen Gruppierung hinaus,

² Ich erlaube mir in bestimmten Fällen eine Orthographie, die sinnvoller ist als die offizielle; z.B. *Schlußstrich* statt *Schlussstrich*; das gilt auch für verschiedene Großschreibungsexzesse: *vor kurzem* statt *vor Kurzem*, *des weiteren* statt *des Weiteren* usw.

die eine neue Form des gerade abgeschafften Straftatbestands *Majestätsbeleidigung* darstellen würde.

Nicht zuletzt sind deutsche Leitmedien wie FAZ und SPIEGEL sehr aktiv, die Antisemitismus-Keule weiterzuentwickeln. Dabei tat sich in meinem Fall die FAZ als Hetzmedium Nummer 1 hervor, wohingegen in der ZEIT immerhin noch eine sachlich-inhaltliche Auseinandersetzung versucht wurde. Der Artikel von M. Funcke (August 2016) war kein geistiger Höhenflug ([siehe meine Stellungnahme dazu](#)), aber zumindest eine *intellektuelle* Auseinandersetzung mit meinem Werk, wovon bei den FAZ-Pamphleten Benders und Soldts beim besten Willen nicht mehr die Rede sein konnte.

FAZ und SPIEGEL gegen mich und die AfD

Inzwischen gibt es die Anti-AfD-Ergüsse der Leitmedien auch in Buchform, z.B. J. Bender (FAZ): *Was will die AfD* und Melanie Amann (SPIEGEL): *Angst für Deutschland*. Durch vordergründiges Herumpsychoologisieren wird die Auseinandersetzung mit der AfD entpolitisiert. M. Amann lässt sich seitenweise über Angst in der AfD aus, wobei beim Leser der Eindruck entsteht, dass allenfalls die Autorin ein Angstproblem hat. Letztlich sind beide Bücher über die AfD eher feuilletonistisch als politisch. Wo es um mich und den Antisemitismus geht, werden dogmatisch-unreflektiert die alten Kalauer aufgewärmt: Ich würde der jüdischen Weltreligion unterstellen, die Menschheit versklaven zu wollen. Was ich tue, ist schlicht und einfach, den [Talmud zitieren](#): „Wenn der Messias kommt, werden alle die Sklaven der Juden“ (Gemara, Traktat Enubin, Abschnitt IV). Anstatt zu untersuchen, ob richtig zitiert wurde und zu fragen, warum sich derartige Äußerungen im wichtigsten Religionsbuch des Judentums finden – beim Koran tut man das inzwischen – belässt es Bender bei emotionaler Entrüstung ohne inhaltliche Stellungnahme.

Dann die Wiederholung des Vorwurfs, ich würde die Juden zu „inneren Feinden“ des Abendlands erklären. Können SPIEGEL- und FAZ-Journalisten wirklich nicht [analytische von normativen Feststellungen](#) unterscheiden? Oder anders gefragt: Sind die Meteorologen für das schlechte Wetter verantwortlich? Gerade im Luther-Jahr fliegen uns die Zitate des Reformators nur so um die Ohren, die den inneren Religions- und Kulturkampf im Abendland verdeutlichen, genauso wie Zitate aus dem Talmud dies auf der jüdischen Seite belegen. Oder gehen wir in die Bismarck-Zeit, in der es einen „Kulturkampf“ des preußischen Staats gegen die katholische Kirche gab. Niemand würde sich aufregen, wenn man dabei die Jesuiten als „innere Feinde des preußischen Staates“ bezeichnete! Im Fall der Juden aber großes Geschrei, Aufregung, Antisemitismus-Vorwürfe usw. Letztlich sind Bender, Soldt und Co. Auftragschreiber, die so schreiben müssen, wie sie schreiben – andernfalls wären sie schon am nächsten Tag arbeitslos!

Bender beruft sich bei seinen Antisemitismus-Vorwürfen auf „Lexikon-Wissen“. Welches Lexikon, welche Autoren? Ein israelisches Lexikon? Die FAZ nennt mich nur noch einen „*nachgewiesenen*“ Antisemiten. Von wem nachgewiesen, von Herrn Gerstenfeld? Kennen Bender und Amann überhaupt das [Gutachten des Prof. Streck](#) zu meinen Büchern? Sie sollten es kennen, wenn sie sich hier so weit aus dem Fenster lehnen! Bei Amann finden sich immerhin Literaturhinweise. Obwohl ich mehrfach, zum Teil auch ausführlicher, in ihrem Buch erwähnt bin, sucht man Verweise auf meine Bücher und Schriften allerdings vergeblich. Lediglich auf einen Artikel der BILD-Zeitung (!) über mich vom 1.6.2016 wird hingewiesen. Kennt Frau Amann meinen „Antisemitismus“ nur über die BILD-Zeitung? Was hat sie denn überhaupt von meinen Schriften gelesen?

(... an dieser Stelle sehen Parteimitglieder einen weiteren Absatz in der kompletten Fassung...)

Bender und Co. versuchen mich als „Hinterbänkler“, „Provinzabgeordneten“ oder sonst etwas hinzustellen. Dabei kämen wahrscheinlich nicht einmal meine Gegner im Stuttgarter Landtag auf die Idee, mich als „Hinterbänkler“ zu bezeichnen. Statt inhaltlicher Auseinandersetzung immer nur plumpe Diffamierungsrhetorik: Hat die FAZ nichts Besseres zu bieten als solche Geistesheroen wie den Bender? Meine zahlreichen Redebeiträge im Landtag kann man sich übrigens auf [YouTube](#) oder auf meiner [Website](#) ansehen.

III. Über innerparteiliche Opposition und die Erneuerung der Partei

Die Lage ist ernst, nicht nur in Deutschland, auch in der AfD. Ihre Politik wird bestimmt von Luckeanern, also Leuten, die Luckes Politik ohne Lucke fortführen. Wie sich bei den Linken der Wahn im sog. Kampf gegen rechts austobt, so tut er dies bei den Luckeanern in exzessiven Abgrenzungorgien von rechts: eine ängstlich-defensive Grundhaltung, die sich gegenüber dem linken Mainstream ständig glaubt entschuldigen und rechtfertigen zu müssen. Je mehr und länger diese Leute dann in AfD-Ämtern herumhocken, desto mehr wird aus ihrem defensiven Abgrenzungswahn ein aggressiver Verfolgerwahn, der alle ausschließen will, die den Abgrenzungswahn nicht mitmachen. Inhaltliche Parteidiskussionen werden durch Anträge auf Parteiausschlussverfahren (PAV) ersetzt. Schiedsgerichte sollen zentrale *inhaltliche* Fragen der Partei entscheiden: Was ist eine „NPD-Parole“, was ist Antisemitismus usw. – Fragen, die eigentlich vom Souverän der Partei, nämlich von Parteitagern entschieden werden sollten. Solch überzogen juristisches Vorgehen höhlt die innerparteiliche Demokratie aus und erzeugt eine totalitäre Atmosphäre in der Partei.

Sicher können wir dieses Problem, das uns Lucke sozusagen als Geburtstrauma in die Wiege gelegt hat und das wir bislang immer nur vor uns hergeschoben haben, nicht noch schnell vor der Bundestagswahl lösen. Es muss uns allerdings klar sein: Wenn in einer Partei die eine Gruppierung ständig die Exponenten der anderen Gruppierung per Schiedsgericht auszuschließen versucht, hat das nichts mit *Einheit* zu tun und kann auch nach außen nicht als solche vermittelt werden! Es kann vor der Bundestagswahl also nur um einen *Burgfrieden* gehen mit dem Ziel, trotz zusätzlicher Probleme in Niedersachsen und evtl. auch im Saarland, die 5 %-Hürde auf alle Fälle sicher zu überspringen. Dabei können wir auch im Wahlkampf nicht so tun, als wäre bei uns alles in Ordnung, schließlich ist es für viele Wahlkämpfer nicht leicht, sich für Kandidaten einsetzen zu sollen, die man eher als Katastrophe denn als Alternative für Deutschland empfindet. Deshalb dürfen und müssen wir uns auch im Wahlkampf mit den grundsätzlichen Probleme der Partei befassen, uns über personelle Alternativen Gedanken machen und uns auf die Situation nach der Bundestagswahl vorbereiten.

In der Ost-AfD wird diese innerparteiliche Opposition sicher vom *Flügel* ausgehen, in der West-AfD eher nicht. Hier müssen wir neue Wege finden. Keinesfalls können dabei Kräfte von außen (COMPACT, Kubitschek oder gar *Junge Freiheit*) eine entscheidende Rolle spielen. Die Initiative muss von innen heraus aus der AfD kommen, indem sich interessierte Leute zusammentun und die strittigen programmatischen Themen aufarbeiten. Von den vom Bundesvorstand gelenkten Fachausschüssen sollte man das nicht erwarten, was weniger an den Fachausschüssen an der Basis als an der Lenkung durch die desolante Bundesvorstandstruppe liegt. Die eher lose Struktur eines Think Tanks wäre ein möglicher Organisationsansatz.

Nach der Bundestagswahl

Wenn nun – was derzeit nicht so wahrscheinlich ist – die Partei bei den Bundestagswahlen einen großen Prozente-Sieg einführt, werden die PAV-Aktivisten ihn für sich beanspruchen. Sie werden sich

ermuntern fühlen, ihre Ausschluss-Politik noch rigorosier zu betreiben und die Partei total bzw. totalitär in ihrem Sinn zu säubern versuchen. Es droht eine „AfD“, die vielleicht wortradikal gegen Islam und Zuwanderer tönt, in entscheidenden Fragen (NATO, Israel usw.) aber linientreueste Systempolitik im Sinn der Altparteien betreibt; eine Partei, die als fünftes Rad am Wagen der offiziellen Politik die Menschen verwirrt und die wahren Oppositionskräfte zersetzt.

Wenn aber – was wahrscheinlicher ist – das Wahlergebnis schlecht ausfällt, wird es scharfe parteiinterne Auseinandersetzungen in alle Richtungen geben, mit heftigen Schuldzuweisungen und endlosen personellen Scharmützeln und Schlammschlachten, in denen die Partei gänzlich untergehen kann. Für beide Fälle müssen wir die angedeutete Oppositionsstruktur vorhalten, im Sinn eines „alternativen Strategiezentrum“ oder einer „alternativen Programmplattform“ oder einer „alternativen Denkfabrik“. Egal, wie wir dieses Kind nennen: Wir müssen nach den (Bundestags-)Wahlen alsbald aktiv werden, nur dann können wir die Umwandlung der AfD in eine totale Systempartei und auf der anderen Seite ihr Verschwinden aus der Parteienlandschaft verhindern. Möglichst schnell brauchen wir einen Parteitag, der ein Mitgliederparteitag sein sollte (mehr Dynamik, mehr schöpferisches Potential, weniger „Funktionärstypen“ als bei Delegiertenparteitagen). Es geht um eine Erneuerung der Partei von Grund auf, die die von Essen programmatisch und personell um ein Vielfaches übersteigen muss: eine Festigung der inneren Einheit durch programmatische Vertiefung in den strittigen Fragen sowie einen Austausch der alten PAV-Eliten vor allem auf der Ebene des Bundesvorstands, aber auch auf allen anderen Führungsebenen.

Was die Personalentscheidungen anlangt, muss es zum Standard werden, dass Kandidaten vor Wahlen zu offenen Programmpunkten klar Stellung beziehen. Es geht nicht, dass wir ständig Leute wählen, von denen wir nicht wissen: Wie verhalten sie sich, wenn wir den Abzug amerikanischer Truppen in Deutschland fordern? Was sagen die zur Besatzungspolitik Israels? Halten wir in Deutschland den Antisemitismus oder die „Antisemitismus-Keule“, d.h. den Missbrauch dieses Vorwurfs, für das größere Problem usw. Will die Partei inhaltlich ein einheitliches und wirkmächtiges Profil gewinnen, dann können wir es uns nicht mehr leisten, bei Vorstandswahlen ständig die Katze im Sack zu kaufen.

Wer bei einem solchen Think Tank mitmachen will oder vielleicht sogar in der Lage wäre, ein erstes Treffen regional zu organisieren, nehme bitte Kontakt zu mir auf: w.gedeon@t-online.de Ich werde nach der Bundestagswahl eine entsprechende Veranstaltung in Stuttgart durchführen und bei ausreichendem Interesse die Gründung einer solchen Denkfabrik initiieren. Näheres demnächst unter www.wolfgang-gedeon.de

Weiterführende Lektüre von W. Gedeon (siehe hierzu meine Webseite: www.wolfgang-gedeon.de)

1. *Die AfD: eine große, eine kleine oder gar keine Alternative?* (2. April 2017)
2. *Das Antisemitismus-Problem nicht unter den Teppich kehren!* (16. Januar 2017)
3. *Grundlagen einer neuen Politik* (Broschüre, 25.11. 2015)
4. *Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten* (Taschenbuch, 432 Seiten)
5. *Christlich-europäische Leitkultur* (3 Bände, insgesamt ca. 1900 Seiten)
6. *Reden im Stuttgarter Landtag und andere Reden* (Video-Filme)

Die beiden Artikel (1 und 2) können auf der Webseite gelesen und ausgedruckt, die Broschüre und die Bücher (3, 4 und 5) dort bestellt und die Videofilme (6) dort angesehen werden. Inhaltsangaben zu den Büchern und ältere Artikel finden Sie auf meiner zweiten Webseite www.wgmeister.de

(19.5. / 21.7.2017)